Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1876

31.10.1876 (No. 259)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 31. Oktober.

№ 259. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. **1876.**

Bestellungen auf die Karlsruher Zeitung für die Monate November und Dezember werden bei der Expedition und den betreffenden HH. Agenten sowie bei sämmtlichen Postanstalten angenommen.

Telegramme.

† **Berlin**, 28. Okt. (Abgeordnetenwahlen.) Jetzt sind sämmtliche 433 Wahlresultate bekannt. Davon entfallen auf die nationalliberale Partei 177, das Centrum 86, die Fortschrittspartei 66, die Freikonservativen 36, die Konservativen 17, die Polen 15, die Neukonservativen 10, Abgeordnete unbekannter Parteistellung 14, die Deutschkonservativen 7 und die Partikularisten 5 Mandate.

† **Berlin**, 29. Okt. Der Kaiser leidet seit gestern an einer leichten Erkältung. Er wird deßhalb auf Anrathen der Aerzte den Reichstag nicht eröffnen.

† **Berlin**, 29. Okt. Das „Berliner Tagblatt" meldet aus Paris: Der bedauerliche Zwischenfall, nämlich die schimpfliche Behandlung eines jungen Deutschen durch seine Mitschüler in der Ecole des Beaux Arts veranlaßte einen höflichen Meinungsaustausch zwischen dem deutschen Geschäftsträger Grafen Wesdehlen und dem Herzog Decazes. Letzterer versprach dem gekränkten Deutschen den wirksamsten Schutz und sprach die Hoffnung aus, daß der Zwischenfall Deutschland in Hinsicht auf die Ausstellungs-Frage nicht ungünstig beeinflussen werde.

† **Wien**, 28. Okt. In dem Steuerreform-Ausschusse des Abgeordnetenhauses beantragte Heilsberg, die Berathung der zur Verhandlung stehenden Vorlagen zu vertagen bis das jüngst in Frage gestellte Recht der Volksvertretung, die Verausgabung der Steuergelder zu beeinflussen, vollständig anerkannt und dem schwer geschädigten Ansehen der Volksvertretung Genugthuung geworden sei. Der Antrag wurde mit 21 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

† **Wien**, 28. Okt. Aus Erklärungen, welche die Obmänner des Klubs der Linken und des Fortschritts des Abgeordnetenhauses in den heutigen Klubsitzungen abgegeben haben, geht hervor, daß das Ministerium sich gegen jede verletzende Auslegung ihrer Antwort auf die Interpellation in der Orient-Frage verwahre und zu diesbezüglicher Erklärung bereit sei.

† **Brüssel**, 29. Okt. Das Journal „Le Nord" meldet aus Petersburg das Gerücht, daß der Finanzminister die Herabsetzung des Wechseldiskonts der Reichsbank in Petersburg herbeigeführt, werde formell dementirt; man hoffe, die Valuta werde auch ohnehin sich bessern, die Gespanntheit der Lage habe nachgelassen, der Drei-Kaiser-Bund sei befestigter als je, man habe die Ueberzeugung, derselbe könne durch keine Eventualität erschüttert werden. Allenfalls eintretende Zwischenfälle würden die drei Kaisermächte fest entschlossen finden, sich darüber in gemeinsamem Einverständniß zu einigen. Die Verleihung höherer Offiziergrade an die jüngsten Söhne des Kaisers Alexander durch den Kaiser von Oesterreich sei die indirekte Antwort auf die Manifestation der Pesther Studenten und gewisser österreichischer und ungarischer Journale. Von der Konferenz-Frage könne erst nach Erledigung der Waffenstillstands-Frage die Rede sein. So viel aber scheine sicher, daß Rußland, wenn eine Konferenz zusammentrete, das Pazifikationsprogramm, zu welchem England die Initiative ergriffen, energisch unterstützen werde.

† **Madrid**, 28. Okt. Der König empfing die Gesandten Deutschlands und Rußlands.

---

† **Mailand**, 28. Okt. Ein Rundschreiben des Ministeriums an die Präfekten versichert, die Regierung habe weder geheime Eroberungspläne, noch würde sie solche unterstützen; die Präfekten werden daher angewiesen, die bestehenden guten Beziehungen zu Oesterreich zu pflegen.

† **Konstantinopel**, 27. Okt., Abends. Ein gestern gehaltener Ministerrath beschäftigte sich mit dem von Ignatieff überreichten Vorschlage eines sechswöchentlichen Waffenstillstandes, welcher eventuell verlängert werden könne. Eine Beschlußfassung ist vermuthlich noch nicht erfolgt, doch scheint die Pforte zur Annahme geneigt zu sein. Eine Vertagung weiterer kriegerischer Operationen ist wahrscheinlich. Die Vertreter Oesterreichs, Deutschlands, Rußlands und Italiens sind zur Berathung zusammengetreten.

Ein von auswärtigen Aerzten unterzeichnetes Gutachten erklärt neuerlich, der entthronte Sultan Murad werde seine Geisteskräfte nicht wiedererlangen. Die Verhaftung der Herausgeber mehrerer armenischer Zeitungen wurde aus Anlaß von Beschuldigungen, welche dieselben gegen Behörden von Trapezunt erhoben, verfügt; sie sind nach Trapezunt abgeführt, um daselbst zur Untersuchung gezogen zu werden.

† **London**, 30. Okt. Reuter's Bureau meldet aus Konstantinopel: Der Sultan habe am Samstag bei der Ignatieff ertheilten Privataudienz in die bedingungslose Annahme des sechswöchentlichen Waffenstillstands gewilligt.

---

† **Belgrad**, 28. Okt. (Amtliche Meldung.) Die Nachricht, daß die Türken Djunis eingenommen hätten, ist ganz falsch; dieselben sind am 23. d. von der serbischen Armee zurückgeworfen worden. Seitdem hat keinerlei Zusammenstoß stattgefunden. Die fremden Korrespondenten im türkischen Lager sind offenbar Opfer einer Mystifikation.

† **Ragusa**, 29. Okt. Ueber die Stellung der Serben bei Alexinatz und Deligrad meldet ein von dort zurückgekehrter Berichterstatter: Das serbische Zentrum unter Desperatowitsch hält die Höhen von Djunis besetzt. Der rechte Flügel unter Horvatowitsch steht hinter Schiljegowatz, der linke Flügel unter Popovitsch ist in Alexinatz. Die ganze Armee ist entmuthigt. Tschernajeff forderte die Bewohner von Deligrad auf, den Ort zu räumen. — Ueber die Belagerung von Niksitsch geht das Gerücht, Mukhtar habe 8000 Mann zum Entsatz und zur Verproviantirung von Niksitsch abgesandt.

Vom serbisch-türkischen Kriegsschauplatz.

Man schreibt dem „Pesth. Ll." aus der Hauptstadt Bosniens vom 20. Okt.:

„Die mohamedanische Bevölkerung Bosniens ist von einer mächtigen Aufregung ergriffen worden. Es heißt, die Begs und Agas halten in allen Sandschakats-Hauptorten Versammlungen ab, in denen sie beschließen, die Reformen, welche man dem Sultan mit Gewalt aufoktroyiren will, um jeden Preis zurückzuweisen und die Souveränetät des Padischah zu wahren. Das Wiener Kabinet ist durch den Generalkonsul Dr. Theodorovics von der prekären Lage der Dinge in Bosnien unterrichtet worden. Der Chef der mohamedanischen Opposition in Bosnien, die sich bis zum Aeußersten der „Vergewaltigung der Rechte ihres Souveräns" eventuell widersetzen wolle, Fazli Pascha, hat bereits Komités in allen Städten gebildet, die mit der Organisirung der Streiter „für den Sultan und den Glauben" betraut sind. Eine allgemeine Erhebung ist gewiß. Die Behörden gestehen offen, daß sie diese Eventualität für nahe bevorstehend betrachten und keine Mittel besitzen, welche die Katastrophe abwenden können. Auch die Vertreter der Mächte hier stimmen dieser Ansicht bei."

Ueber die Befestigungsarbeiten, welche gegenwärtig unter der unmittelbaren Leitung des Generals Tottleben in Odessa vorgenommen werden, schreibt die „Mosk. Wed.", daß Tag und Nacht eifrig gearbeitet wird und die Arbeiten sichtlich vorrücken. Gegen 5000 Arbeiter sind beschäftigt, die Küste von Odessa in einer Ausdehnung von 20 Werst mit Krupp'schen Geschützen zu armiren. Die Hauptbatterien werden errichtet: auf dem äußersten Ende des Molo und auf den Datschen der Gräfin Langerow, Kartazi, an der mittleren Fontaine und bei Lustdorf. Die Ausführung dieser Arbeiten ist dem Ingenieur Schewzo übertragen worden. Ueber denselben Gegenstand schreibt man der „Now. Wr." aus Odessa: Tag und Nacht wird gearbeitet, und wenn's so fortgeht, können alle projektirten Arbeiten wohl schon in einer Woche beendet sein. Die Vertheidigungswerke des Hafens bestehen in 4 Batterien. Der Zugang zu denselben wird ebenfalls mit Batterien und Torpedos gedeckt. Alle Arbeitskräfte sind gegenwärtig bei gesteigertem Lohne in Anspruch genommen; man verwendet bei Aufführung der Batterien auch die hier stationirten Truppen. Im Ganzen sollen 80 Kanonen und 10 Mörser zur Vertheidigung verwandt werden. Eine Partie Kanonen, die 43 Waggons zu ihrem Transport beanspruchten, ist bereits heute den 7. Oktober angelangt. Zum 10. erwartet man das Eintreffen von 860 Artilleristen und zum 20. das Einrücken einer Division Infanterie. Vorbereitungen zur Einquartierung werden ebenfalls mit Eifer betrieben. An der schwimmenden Batterie zu Odessa sind nach den „Birsh. Wed." Tag und Nacht bis 15,000 Arbeiter beschäftigt, um dieselbe in Stand zu setzen. An der Küste wurden innerhalb 3 Tagen Redouten aufgeführt und mit schweren Geschützen armirt.

Auf eine Wiedererstehung des alten Sebastopol scheint es keineswegs abgesehen zu sein. Dagegen handelt es sich allem Anschein nach, aus dieser Seefestung bald einen Stützpunkt für eventuelle Operationen im Süden zu machen. General Tottleben weilt seit einigen Tagen in dieser Stadt, um die Befestigungsarbeiten persönlich zu leiten. Gegenwärtig sind 3000 Arbeiter beschäftigt; es werden neue Zuzüge aus Orel erwartet. Man glaubt, daß bis zum 1. Januar 1877 die Redouten, Forts und Batterien vollkommen fertig sein dürften. Die Armirung der bereits vollendeten Werke hat begonnen. Am 15. Oktober trafen über Simferopol nicht weniger als 80 Geschütze schwersten Kalibers in Sebastopol ein.

Gleichzeitig wird die Position Kertsch-Jenikale befestigt. Schon im Jahr 1860 hat das Kriegsministerium die Festung in Kertsch zu erweitern und jene in der Schwesterstadt Jenikale umzubauen begonnen. Jetzt bilden diese zwei sich eng aneinander schließenden Städte am Azow'schen Meere eine Reihe von Fortifikationen, die man gleich hinter jene von Kronstadt klassifizirt.

Deutschland.

Karlsruhe, 30. Okt. Der „Staats-Anzeiger" Nr. 49 vom Heutigen enthält militärische Dienstnachrichten.

♂ **Berlin**, 28. Okt. Die Reichs-Justizgesetze werden in etwa 10—12 Tagen auf die Tagesordnung des Reichstages gelangen und selbstverständlich den ganzen Rest der Session in Anspruch nehmen. Es bestätigt sich, daß in den Fraktionen die Wiederwahl der Reichs-Justizkommission durch Akklamation beantragt wird. Für zwei ausgetretene Mitglieder derselben werden Neuwahlen angeordnet werden müssen. Ob die Kommission mit den Kompromißverhandlungen betraut werden wird, ist bis zur Stunde noch fraglich. Jedenfalls werden die betreffenden Angelegenheiten in den Fraktionsversammlungen vorerst zur Sprache gelangen, wobei die bisherigen Mitglieder der Kommission Bericht zu erstatten und nach den gefaßten Beschlüssen Stellung zu den einzelnen Streitpunkten zu nehmen haben werden. Das Kompromiß zwischen den Bundesregierungen und dem Reichstag in Sachen der politisch bedeutsamen Differenzpunkte scheint sich wirklich auf der Grundlage anbahnen zu wollen, wie wir sie kürzlich umschrieben haben. Die Regierungen geben in der Frage der Zeugnißpflicht der Redakteure nach und dafür sollen die Schwurgerichte für Preßvergehen geopfert werden. Wenigstens deuten alle Anzeichen darauf hin, daß für diese Art des Ausgleichs gewirkt wird. Man kann lebhaften Debatten über diesen Punkt entgegensehen, und dieselben würden zweifelsohne das hervorragendste Moment in der ganzen kommenden Reichstags-Session bilden, wenn nicht die Organisation der Verwaltung der Reichslande auf der Tagesordnung stände.

Die slavischen Organe schenken diesmal den türkischen Siegesbülletins mehr Glauben als sonst. Sie rufen in ihrer Herzensangst die Russen herbei, indem sie mittheilen, daß in kürzester Zeit ein am Pruth stehendes russisches Armeecorps unter Kommando des Grafen Witgenstein durch Rumänien in Serbien einrücken wird, um die serbische Armee zu unterstützen. Dieses Hilfscorps soll wahrscheinlich wegen der von den Türken bei Djunis erzielten Waffenerfolge noch früher, als man erwartet, eintreffen. Diese tendenziösen Erfindungen lassen sich die Slavenblätter durch Bukarester Depeschen bestätigen, denen zufolge die russische Armee in den nächsten Tagen das rumänische Gebiet betreten soll. Ein russisches Armeecorps würde sogar mittelst Eisenbahnen aus Galacz nach Graljevo befördert, um von dort gegen Kalafat und Widdin zu operiren. Die russische Hauptmacht soll dann in Verbindung mit der rumänischen Armee über die Donau setzen und in Bulgarien einrücken. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß seit einigen Tagen die Verhandlungen in Konstantinopel in eine Bahn gerückt sind, welche vorläufig ein bewaffnetes Einschreiten Rußlands ausschließen.

‖ **München**, 28. Okt. Von Seite der ultramontanen Partei in München wird der rechtskundige Magistratsrath Ruppert als Kandidat für die Reichstags-Wahl aufgestellt.

Nachdem das Resultat der Prüfung der neu erbauten Aschaffenburg-Miltenberger Bahn nach jeder Richtung befriedigend ausgefallen, steht der Eröffnung dieser Bahn am 12. November kein Hinderniß im Wege.

Oesterreichische Monarchie.

≈ **Wien**, 29. Okt. Es will von mehreren beglaubigten Seiten verlauten, daß sich eine entschieden freundliche Wendung in der orientalischen Frage vorbereite, insofern Rußland vor allen Dingen der Stimmung seiner nächsten Verbündeten Rechnung tragend, sich entschlossen haben soll, noch einmal den Versuch zu machen, die Lösung in die Hand der Pforte selbst zu legen, falls diese thatsächliche Bürgschaften zu liefern vermag, daß sie sofort und mit vollem Ernst ein Reformwerk in Angriff zu nehmen entschlossen ist, welches von ganz Europa als unerläßlich bezeichnet worden. In demselben Augenblick, wo darüber Gewißheit vorhanden, würde ein Waffenstillstand von unbestimmter Dauer und von der einen wie von der andern Seite nur im Einvernehmen mit den Mächten kündbar, dann aber auch jederzeit kündbar, und zwar ein Waffenstillstand mit unterlegten Friedensbedingungen geschlossen und Serbien und Montenegro nöthigenfalls auferlegt werden.

Frankreich.

ʃ **Paris**, 28. Okt. Das „Journal officiel" veröffentlicht ein Rundschreiben des Siegelbewahrer Dufaure an die Generalprokuratoren, betreffend das Notariat. Unter Hinweis auf verschiedene in der letzten Zeit bei französischen Notaren eingetretene Katastrophen erinnert der Minister an die Bestimmung einer Ordonnanz von 1861, welche den Notaren jede Börsenspekulation und jedes Handelsgeschäft ausdrücklich untersagt; er verordnet den Oberstaatsanwälten, jedesmal, wenn eine Notariatsstelle erkauft

wird, zu untersuchen, ob der Cedent während seiner Amtsführung diesen Vorschriften treugeblieben ist; wo dies nicht der Fall gewesen, soll der Preis der Stelle von Amtswegen herabgesetzt werden.

Eine zwischen den Regierungen von Frankreich und Rumänien vereinbarte Handelskonvention, die dem Vernehmen nach jetzt in Paris von dem Herzog Decazes und dem rumänischen Kammerpräsidenten Rosetti ratifizirt werden soll, bestimmt, wie die „Tablettes d'un Spectateur" melden, daß die beiderseitigen Handelserzeugnisse, nur unter dem Vorbehalt gewisser außerordentlicher Vortheile, welche zwischen Rumänien und Oesterreich-Ungarn stipulirt worden sind, sich je in dem anderen Lande der Rechte der meistbegünstigten Nation erfreuen sollen.

Die Königin der Niederlande, welche unter dem Namen einer Gräfin Boren reist, ist heute Nachmittag von Brüssel hier eingetroffen.

♁ **Paris**, 28. Okt. In der Salle Graffard, einem Lokale der Vorstadt Belleville, fand gestern eine mit einiger Spannung erwartete Privatversammlung von circa 3000 Wählern statt, vor welcher Hr. Gambetta als Abgeordneter dieses Arrondissements sein bisheriges Verhalten in der Kammer rechtfertigen sollte. Der Führer der republikanischen Majorität von Versailles erschien in der That pünktlich vor dieser bunten und stürmischen Zuhörerschaft, und nachdem der Bürger Métivier das Manifest verlesen, welches Hr. Gambetta seiner Zeit aus den Händen der Wähler von Belleville als nähere Erläuterung seines Mandats entgegengenommen, ergriff dieser sogleich und ohne die Fragen abzuwarten, die man ihm etwa vorlegen könnte, zu einem längeren Vortrage das Wort:

Ich trete vor Sie, sagte er, mit dem doppelten Bewußtsein, mein Mandat vollständig erfüllt zu haben und dabei niemals vor einer mir obliegenden Verantwortlichkeit zurückgewichen zu sein. Ich weiß wohl, daß gewisse Zweifel, gewisse Meinungsverschiedenheiten in Ihren Herzen Platz gegriffen haben, und bin eben darum hier, im Verein mit Ihnen aufzusuchen, was uns etwa spalten kann und was uns nothwendig vereinigen muß. Der Kontrakt, den ich mit Ihnen geschlossen habe, ist für mich nach wie vor bindend; aber seine Ausführung ist an Nothwendigkeiten geknüpft, die Sie eben so gut wie ich zu würdigen wissen werden. Es gibt nun einmal nur zwei Mittel, etwas durchzusetzen: entweder, daß man unterhandelt oder daß man sich schlägt. Den Weg der Gewalt haben wir seit hundert Jahren nur schon allzu oft betreten; er führte immer nur zum Stillstande oder gar zum Rückschritt. Er ist überdies verurtheilt, seitdem das allgemeine Stimmrecht, d. i. das Recht der Mehrzahl, einen friedlichen und regelmäßigen Fortschritt anzubahnen, zur Herrschaft gelangt ist. Diese Politik des allgemeinen Stimmrechts ist die meinige; sie tritt für mich an die Stelle einer Politik der hohlen Deklamation. Man verspottet sie nur als eine Politik des Ausgleichs, der „Resultate"; diese Resultate sind meines Bedünkens gar nicht zu verachten. Die Republik, eine Republik des Friedens, der Ruhe und der Ordnung, ist gegründet und sieht die Zahl ihrer Anhänger sich täglich vermehren. Die Verwaltung aller Grade ist mehr und mehr in die Hände zuverlässiger Republikaner gelegt. Wunder konnten wir in vier Monaten nicht verrichten und werden wir auch in vier Jahren nicht verrichten können; genug, wenn wir überall eine fruchtbare Saat ausgestreut haben, im Unterrichtswesen, in der Armee, in der Abwehr des Klerikalismus. In einer Frage besonders sind Sie, wie es scheint, mit mir nicht einverstanden: in der Amnestie-Frage. Gewiß bin auch ich schon längst der Ansicht; daß die Stunde der Gnade geschlagen habe; eine kluge Regierung wäre dem öffentlichen Gefühl zuvorgekommen und hätte, noch ehe man es von ihr verlangte, eine umfassende Amnestie dekretirt. Dies ist nicht geschehen und die Frage hat in den Reihen unserer Freunde selbst zu mancherlei Spaltungen Anlaß gegeben.

Ich gestehe Ihnen ganz offen: ich bin mit dem Amnestieantrage, wie er gestellt worden ist, nicht zufrieden gewesen, weil er nur der Sache selbst schadete; indem man Alles verlangte, war man sicher, nichts zu erwirken. (Unruhe.) Der Antrag war der republikanischen Sache schädlich, weil eine feindselige und perfide Partei die Republikaner für den Aufstand vom 18. März verantwortlich zu machen sucht, während derselbe nur das Ergebniß der allgemeinen Noth und Verzweiflung gewesen ist. Diese Partei sucht uns zu verdächtigen, indem sie die verdorbensten und beflecktesten Elemente der Commune mit den Führern unserer Partei in einen Topf wirft. Diese Verleumdungen brachten Unruhe und Mißtrauen unter die Landbevölkerungen und darum mußten wir sie zum Schweigen bringen. Was ich gewünscht hätte, das war eine partielle, nach Kategorien abgestufte, aber immer noch sehr umfassende Amnestie, eine Maßregel kluger und ehrlicher Beschwichtigung. Indem wir die allgemeine und unbedingte Amnestie verwarfen, sind wir uns bewußt, den Interessen der Republik gedient und ihren Gegnern eine gefährliche Waffe aus der Hand gewunden zu haben. Das mußte endlich einmal gesagt werden; denn wenn das Verlangen nach einer Amnestie bei den Einen aus einem edelmüthigen Herzenstriebe entspringt, ist es bei Anderen nur ein Mittel zu Ruhestörung und Wühlerei. (Beifall und Widerspruch.) Eine juristische und politische Maßregel wäre wohl am Platze und kann auf meine Unterstützung rechnen; aber ich werde die Grenzen, die mir die Vernunft steckt, nicht überschreiten. Die oberste Aufgabe und Pflicht bleibt für uns die Erhaltung der Republik. Es ist leicht, wie Kato zu sterben, aber was hat sein Tod der römischen Republik genützt? Die wahre Pflicht ist, muthig fortzukämpfen, so lange ein Cäsar gegenübersteht oder wiederzukehren droht. Als ich im Jahre 1869 zum ersten Male vor Ihnen erschien, mochten sich noch manche in meinem Charakter täuschen und mich für einen Mann des Aufruhrs halten, dem an seiner Popularität mehr gelegen ist, als an dem Wohle des Staats. In Wahrheit geht mir aber grade die Liebe zu Frankreich über Alles. In schlimmen Tagen, als noch Diejenigen, die sich heut auf den Straßen breit machen, nur rathlos jammerten, sprach ich ihnen Vertrauen zu und stärkte ihren Glauben an unsere gute Sache. Hören Sie denn auch jetzt meinen Mahnruf zur Einigkeit! Die reaktionären Eigenschaften regen sich auf's Neue; wir haben einen gefährlichen Feind zu bekämpfen, der unter dem Vorwande der Religion alle Gebiete der Politik unsicher macht und um jeden Preis die Staatsgewalt an sich reißen will. Und am Vorabend dieses entscheidenden Kampfes gegen das klerikale Gelichter sollte man durch subtile Streitigkeiten Spaltung in die Reihen der Republikaner bringen? Das wäre gegen die Vernunft und das wird nicht geschehen. Nein die Politik der Resultate, welche man spöttisch die Opportunitätspolitik nennt, als ob es also besser wäre, eine inopportune Politik einzuschlagen, ist die einzig richtige, die andere führt nur zu Schiffbruch und Verderben. Was anders hat das Verbrechen jenes schnöden Abenteurers Napoleon III. möglich gemacht, als gerade die Furcht, welche dem Lande durch die gewaltthätige Sprache und Politik der extremen Parteien eingejagt wurde? Diese Erfahrung mögen wir jetzt beherzigen und es gefällt mir, gerade von Belleville, diesem Mons Aventinus unserer Republik, die neue Politik der Mäßigung und des besonnenen Fortschritts zu verkünden. Belleville sei nicht ein Ort des Aufruhrs; Frankreich möge von seinen Zinnen die Fahne des Reichs friedlich wehen sehen, dann wird es nicht mehr zittern und seiner Ruhe versichert sein.

Diese Rede wurde mit fast einstimmigem Beifall aufgenommen. Ein Bürger Buffenoir wollte dann allerdings für die unbeschränkte Amnestie eintreten und verstieg sich so weit, die Commune eine „rechtmäßige Bewegung" zu nennen. Wenn er aber schon damit auf vielfachen Widerspruch stieß, wurde er dann vollends durch die Enthüllung Gambetta's vernichtet, daß er, dieser unversöhnliche Rothe, vordem Gambetta selbst mit Lobgedichten nachgelaufen sei und sich umsonst um eine Stelle in der „République française" beworben hätte. Inde irae! Der Bürger Buffenoir wurde von der Versammlung an die Luft gesetzt und diese ging dann auseinander, nicht ohne Hrn. Gambetta noch eine letzte Ovation darzubringen.

♁ **Paris**, 29. Okt. Das „Journal officiel" veröffentlicht folgende Note:

Ein Brief, welcher für eine große befreundete Nation beleidigend ist, ist in einem auswärtigen Blatte veröffentlicht, in einem französischen Blatte wiedergegeben und einem hohen Beamten der Ausstellung von Philadelphia zugeschrieben worden. Die Regierung hofft, daß dieses Schriftstück apokryph ist; sie hat von dem in Rede stehenden Beamten, der im Augenblicke von Paris abwesend ist, Aufschlüsse verlangt. Sie erwartet seine Antwort, um eine Entscheidung in diesem bedauerlichen Zwischenfalle zu treffen.

Es handelt sich, wie männiglich errathen haben wird, um den in einem Wiener Blatte erschienenen Brief des Hrn. du Sommerard, der unter anderen schweren Beleidigungen der amerikanischen Nation auch die unumwundene Anklage enthielt, daß eine in der französischen Abtheilung der Ausstellung von Philadelphia ausgebrochene Feuersbrunst von „den Amerikanern" angestiftet worden wäre. Man begreift, daß der hiesige Gesandte der Vereinigten Staaten ungesäumt die ernsteste Beschwerde erhob und eine öffentliche Genugthuung forderte. Hr. du Sommerard ist Bonapartist und gehört daher zu den Mißvergnügten des Augenblicks; gleichwohl wird er dem Wiener Freunde, der seinen Brief der Oeffentlichkeit übergeben hat, für diesen Dienst schwerlich dankbar sein. Uebrigens richtet eben heute ein anderes Mitglied der französischen Ausstellungskommission, der Marquis v. Talleyrand, an den „Figaro" ein Schreiben, in welchem er auch für seinen Theil gegen die von Hrn. du Sommerard erhobene Beschuldigung den entschiedensten Protest einlegt. „Ich war," sagt er, „in Amerika, als jener Unfall sich ereignete, und die Amerikaner haben ihn noch mehr als irgend eine andere Nation bedauert. Ich möchte dafür stehen, daß keine Böswilligkeit vorlag, und wenn das Feuer wirklich von einer sträflichen Hand angelegt war, so hätte ganz Amerika seiner Entrüstung darüber Ausdruck gegeben. Hr. du Sommerard hätte, ehe er in dieser Weise ein ganzes Land einer schmählichen Handlung zieh, seine Wissenheit aus einer minder parteiischen Quelle schöpfen sollen."

Das amtliche Blatt veröffentlicht ferner die sehr umfangreiche Liste der auf Vorschlag des Kommissärs Krantz von dem Handelsminister ernannten Mitglieder der Zulassungsjury für die Welt-Ausstellung von 1878. Diese Jury hat selbstverständlich nur über die Zulassung der französischen Ausstellungsgegenstände zu entscheiden. Später sollen die Aussteller jeder Klasse ein Syndikat einsetzen, welches den Antheil eines Jeden an den Gesammtkosten zu bestimmen haben wird. Vertreter dieser Syndikate sollen sich dann mit einer gewissen Anzahl von Mitgliedern der Zulassungsjury zu einem Einrichtungskomité (Comité d'installation) vereinigen und dieses wird alle auf die Einrichtung bezüglichen Fragen souverän zu regeln haben.

Die „Patrie" veröffentlicht folgendes Privattelegramm:

Konstantinopel, 28. Okt., 11 Uhr Abends.

Nach der Unterredung des Generals Ignatieff mit dem Sultan hat der Großwessir dem russischen Botschafter eröffnet, daß es der türkischen Regierung nicht möglich sei, den Waffenstillstand in der vorgeschlagenen Form anzunehmen. Die Botschafter Oesterreichs und Deutschlands haben sich in's Mittel gelegt und üben einen sehr entschiedenen Druck auf die türkische Regierung, um sie in ihrem Entschlusse zu erschüttern. Man hofft, daß ihnen dies gelingen wird. Der russische Botschafter hat erklärt, daß er das Weitere seiner Regierung überlassen müsse. Unter diesen Umständen ist vor einigen Tagen keine definitive Antwort zu gewärtigen.

Die Pariser Polizei vigilirt eifrig auf gefälschten Wein. Dreihundertfünfzig Fässer solchen mit Fuchsin gefärbten Weines sind bereits bei ihrer Ankunft aus der Provinz mit Beschlag belegt worden und an zweitausend andere, die in den nächsten Tagen eintreffen sollen, sind der Behörde als verdächtig signalisirt. Der Wein wird von einer Kommission der Ministerialabtheilung für Kunstgewerbe untersucht und wenn er sich als gesundheitsschädlich herausstellt, ohne Weiteres in die Seine gegossen.

Großbritannien.

‡ **London**, 28. Okt. „Morning Post" bringt an hervorragender Stelle folgende, den Charakter der Offiziösität tragende Mittheilung:

„Wir hören, daß der Fortgang der nun in Konstantinopel geführten Verhandlungen die Erwartung einer friedlichen Lösung nicht ausschließt. General Ignatieff hat die Bereitwilligkeit seiner Regierung, einen Waffenstillstand von 6 Wochen, zu verlängern nöthigenfalls um weitere 6 Wochen und nachdem um 2 Monate, anzunehmen, kundgegeben. Das sind die Bedingungen, welche die Pforte vorgeschlagen unter dem Zusatze „„mit Zustimmung der Garantiemächte"". Es muß abgewartet werden, ob die Pforte glaubt auf dieser Bedingung, welche in der russischen Zustimmungserklärung ausgelassen worden, bestehen zu müssen, und, wenn sie es thut, ob General Ignatieff es ablehnen wird die Bedingungen wie sie ursprünglich lauteten, anzunehmen.

Wenn der Waffenstillstand zu Stande käme, kommt zunächst die Konferenz in Frage. Es ist bekannt, daß Rußland wünscht, die Türkei möge nicht daran Theil nehmen. Es läßt sich annehmen, daß dieser Wunsch nur Bezug darauf hat, ob eine Macht in ihrer eigenen Sache mitberathen kann. Es ist augenscheinlich, daß, wenn sechs Mächte zu einer Erörterung zusammentreten wegen Vorstellungen, die einem siebenten Staate zu machen sind, es etwas Widersinniges an sich hat, jenem Staate die entscheidende Stimme bei ihren Beschlüssen zu geben. Zu gleicher Zeit ist es unmöglich, für einen Augenblick den Ausschluß der Türkei aus dem europäischen System, von dem auf Grund des Vertrages von Paris sie einen Theil bildet, zuzulassen. Es müßte wohl angehen können, eine Methode zu finden, in Folge welcher der Vertreter der Pforte seinen Sitz in der formellen Versammlung der Konferenz in solcher Weise nehmen kann, daß den angedeuteten Schwierigkeiten dadurch begegnet wird. Ehe indeß die Konferenz berufen wird, sind manche Fragen bezüglich ihrer Grundlagen und Zielpunkte zu erledigen und diese könnten Veranlassung zu in die Länge gezogenen und gefährlichen Debatten geben, wenn nicht durch einstimmige Billigung sie auf die einfachsten Formeln gebracht werden können, welche so lauten dürften:

„„Die Grundlage der Konferenz ist die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des türkischen Reiches. Gegenstand derselben ist die Verbesserung des Zustandes der christlichen Unterthanen des Sultans.""

Diese Grundlage, in deutlicher Uebereinstimmung mit europäischem Recht den Vertrag von 1856 aufrecht erhaltend, könnte die Türkei nicht über irgend eines ihrer souveränen Rechte beunruhigen. Dieser Gegenstand ist derjenige, welchen Rußland immer im Auge gehabt zu haben behauptete und welcher die Zustimmung Europas zu den vorgeschlagenen Reformen, wenn sie genügend erscheinen sollten, gestatten würde.

Wir sind nicht ohne begründete Hoffnung, daß bei der gegenwärtigen Disposition der hauptsächlich betroffenen Mächte eine solche Lösung, wie wir sie vorausgesagt haben, glücklich bewerkstelligt werden kann. Wenn es dazu kommt, so wird das in weitem Umfange die von dem englischen Kabinet eingeschlagene Politik rechtfertigen, während es den Beweis liefern wird, daß der Kaiser von Rußland aufrichtig begehrt, den Frieden Europa's zu erhalten. Wir haben das Vertrauen daß die Pforte am wenigsten solchen Uebereinkommen Hindernisse bereiten wird, welche die Zustimmung ihrer besten Freunde finden können und welche die Souveränetätsrechte des Sultans und mit ihnen die besten Interessen befreundeter Mächte und des europäischen Friedens unversehrt lassen werden."

♁ **London**, 27. Okt. „Morning Post" veröffentlicht einen längeren Auszug aus einem „offenen Briefe" des Grafen Arnim an den Fürsten Bismarck, welcher als Entgegnung auf das bekannte, im „Reichsanz." veröffentlichte Schreiben des Kanzlers an den Kaiser dienen soll. Derselbe enthält hauptsächlich die bekannten Anschuldigungen und Anfälle des weiland Botschafters gegen den Fürsten, während die Darstellung des Thatbestandes, welche als Beweismaterial dienen soll, auf das engste und dürftigste Maß beschränkt wird. Am Schlusse folgt die Herausforderung: „Widerlegen Sie mich, wenn Sie können!" Aus einer andern Stelle des Briefes scheint hervorzugehen, daß die seit einiger Zeit angekündigten weiteren Enthüllungen noch erst zu erwarten sind.

Die Flotte der Besika-Bucht schließt gegenwärtig alle britischen Panzerschiffe ein. Es sind dort nicht weniger als elf große und drei kleine Schiffe unter dem Befehle der Admirale Drummond und Rice. Das gewaltigste Fahrzeug ist „Devastation"; es trägt schwerere Geschütze und hat dickere Panzerplatten als irgend ein anderes Schiff auf dem Meere. Ja, dieses einem Flosse gleichende Thurmschiff könnte allen übrigen Panzerschiffen der Flotte Stand halten, weil keine Schiffsgeschütze den Panzer der „Devastation" durchdringen könnten, während dieses mit einem wohlgezielten Schusse irgend eines der Kriegsschiffe in den Grund bohren könnte. Nach der „Devastation" kommt als zweitmächtigstes Schiff „Hercules", das Flaggenschiff des Admirals Drummond, dann der „Sultan", befehligt vom Herzog von Edinburg, und der „Monarch". Kaum geringer an Macht ist „Triumph", Flaggenschiff des Contreadmirals Rice; dann folgen „Raleigh", „Research", „Pallas", „Swiftsure" und die zwei eisernen Widderschiffe „Hotspur" und „Rupert". Der Avisodampfer „Helicon" und die Schaluppen „Cruiser" und „Rapid" vervollständigen die Flotte der Besika-Bucht; außerdem befinden sich freilich noch acht britische Kanonenboote in verschiedenen Theilen des Mittelmeeres; sie verrichten gegenwärtig das sonst den größeren Schiffen zufallende Geschäft, Häfen, in denen britische Konsuln stationirt sind, zu besuchen. Erst mit Aufhebung des Geschwaders der Besika-Bucht würden sie wieder abgelöst werden.

Badische Generalsynode.

✲ Karlsruhe, 31. Okt. Der Präsident eröffnet die 16. öffentliche Sitzung mit Gebet und und theilt ein Schreiben der sächsischen Landessynode mit, worin um Zusendung der weitern Vorlagen und stenographischen Berichte gebeten wird.

Namens der ökonomischen Kommission berichtet Domänenverwalter Dr. Rau über den kirchlichen Baukollekten-Fonds, über die Reformations-, die Weihnachts- und die Charfreitags-Kollektenkasse, und beantragt, die Rechnungen für unbeanstandet zu erklären. Die Synode nimmt den Antrag einstimmig an.

Dekan Höchstetter referirt über das Pfründevermögen und die Einkommensverhältnisse der Geistlichen; derselbe bespricht sodann das Pfründesystem. Es liegt in demselben eine ungleiche Besoldung der Geistlichen begründet. Durch Uebergang zum Besoldungssystem würden größere Einnahmen erzielt, wie die Pfarrbesoldungs-Administration durch technische Beamte beweise. Die Geistlichen wären vieler Widerwärtigkeiten enthoben. Sie würden per Quartal ihre Be-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

soldung erhalten, und könnten doch noch Einiges von der Naturalkompetenz nach Uebereinkunft mit der Behörde erhalten. Die Administrationskosten würden durch die größeren Einkünfte mehr als ersetzt. Faktisch ist schon vorwiegend im Interesse der Pfründen das Pfründesystem über das Besoldungssystem.

Antrag: 1) Die Verwaltung und Verrechnung des Pfründevermögens für unbeanstandet zu erklären.

2) Der nächsten Generalsynode eine Vorlage auf gemeinsame Verwaltung der Pfründen, nach Vernehmung der Diözesansynode, vorzulegen.

Professor Behaghel betont, daß die Steuerfrage nur die Veranlassung sein muß, zum Besoldungssystem überzugehen. Die Geistlichen werden dieses nicht gerne sehen, weil sie bisher einen höheren Ertrag hatten. Aber sie sollten bedenken, daß auch das umgekehrte Verhältniß stattfinden könnte. Auch ist die Beschäftigung des Geistlichen mit Landwirthschaft weniger zu empfehlen. Zudem werden nächstens 1,000,000 fl. Zehntablösungs-Kapitalien den Pfarreien zurückbezahlt. Diese sollten schon jetzt nicht an die Pfründen gegeben, sondern vom Oberkirchenrath verwaltet werden. Dieses beantragt der Redner. Es soll der Kommission wieder zugestellt werden zur Erwägung.

Pfarrer Specht ist nach seiner konservativen Natur für Erhaltung des Pfründerechts — und Systems; er fürchtet, daß die Einzelgemeinde sonst zu viel verliere; es sei eher Dezentralisation als Zentralisation nöthig. Man darf die finanzielle Seite nicht allein betonen, auch werde der Gewinn durch gemeinsame Verwaltung nicht groß sein. Was etwelche Unterschiede in der Besoldung betrifft, so muß man nicht Alles gleich machen. Eine gemischte Verwaltung wünscht der Redner dabei.

Dekan Schmidt freut sich der Vorlage über Einführung des Besoldungssystems im Namen vieler Pfarrer, die ganz oder meistens auf Pachtzinsen angewiesen sind und nie Sicherheit haben, ob und wann sie ihre Besoldung wirklich erhalten.

Oberkirchenrath Mühlhäußer ist für den Antrag Behaghel, glaubt aber, der Antrag der Kommission gehe zu weit. Man solle Schritt für Schritt nur, wo es nöthig ist, das Besoldungssystem einführen; es werden zuletzt dann die Geistlichen und Gemeinden die Richtigkeit des Systems einsehen und werden keine Proteste sich erheben.

Dekan Gräbener fürchtet auch bei Besoldungssystem das Mißtrauen der Gemeinde; bei Aufhebung des Pfründesystems wird der Zug der jüngeren Geistlichen, in die Städte zu kommen, noch größer, als seither. Staatsrath Lamey: Das Pfründesystem beruht auf der alten Naturalwirthschaft und war früher auch bei den Beamten; mit dem Aufhören der Naturalwirthschaft war dem Pfründesystem ein schwerer Stoß versetzt, es mag das auch Nachtheile gehabt haben, allein es hat mehr Lichtseiten. Nicht jeder Pfarrer versteht oder treibt gern Oekonomie. Das zweite Moment bildet die Klassifikation, die dazu kam, sie schritt weiter und drängt zum Besoldungssystem. Dieses ist selbst vortheilhaft, denn die Herstellung und Unterhaltung der Oekonomiegebäude ist sehr theuer, die Vermiethung trägt aber nicht viel ein. Redner spricht noch für den Antrag Behaghel's. — Erinnert, wie die Gemeinden ihr Recht auf das Pfründeeinkommen nicht aufgeben wollen, man müsse daher schonend vorgehen und nicht vergessen, daß das Recht den Gemeinden bleibe. Weiter führt er an, daß die Gemeinden es nicht lieben, wenn der Pfarrer Oekonomie treibt, und daß der Pfarrer andere Arbeiten, besonders in der Schule, zu übernehmen hat. Das Zusammenleben mit der Natur ꝛc. bleibe auch bei kleinerer Bewirthschaftung und fördere das Ideale des Lebens in einem Pfarrhaus mehr, als große Oekonomie. Domänenverwalter Rau stimmt dem Vorredner bei und meint, je mehr Nothstand vorhanden sei, um so weniger soll man einem System entgegentreten, das abhelfen wolle. Redner bespricht die Unannehmlichkeiten, die einem Landwirthschaft treibenden Pfarrer drohen.

Kirchenrath Eberlin vergleicht die beiden Systeme; — schon 1843 sei ein bedenklicher Anfang zur Durchbrechung des Pfründesystems gemacht worden. Bei Verwaltung der Güter werden die Geistlichen wie die anderen Beamten besoldet; die Pfarrwahl brachte das Besoldungssystem hervor.

Direktor Helm war auf Anfechtung des Kommissionsantrags gefaßt, theilt aber die Bedenken des Gegners nicht. Die Selbständigkeit der Gemeinde sei hierin doch nur illusorisch. — Die Einführung erfolge nicht gleich, der Antrag gehe erst an die Synoden. Die gemeinsame Verwaltung der Kapitalien bringt mehr Gewinn, als wenn die Kapitalien in kleinen Beträgen verwaltet werden. — Bei der Güterverwaltung durch die Pfarrer komme nicht viel heraus und bei Abrechnungen sei oft Streit. Der Antrag Behaghel's sei wohl dahin zu modifiziren, daß eine Herauszahlung der Kapitalien nicht erzwungen werden soll, sondern nur da stattfinden soll, wo die Gemeinde es wünschte.

Professor Behaghel nimmt als selbstverständlich an, daß man die Gemeinden nicht zwinge, und setzt die Vortheile seines Vorschlages in's Licht.

Der Berichterstatter hat drei Gründe für den Antrag: 1. einen finanziellen; 2. die Gleichstellung; 3. die Stellung des Pfarrers. Kommissionsantrag 1 wird einstimmig, 2 mit großer Majorität, Antrag Behaghel mit großer Majorität angenommen.

Die Petition des pensionirten Pfarrers Hormuth in Heidelberg, wegen Erhöhung der Pension, geht an die Verfassungskommission, um am Dienstag zur Verhandlung zu kommen.

Präsident schließt die Sitzung mit Gebet.

Auf 12 Uhr war der Schluß-Gottesdienst in der kleinen Kirche anberaumt, zu welchem die Mitglieder der Synode in gleicher Ordnung wie beim Eröffnungs-Gottesdienst sich von der Sakristei der Pfarrkirche aus verfügten. Oberkirchenrath Mühlhäußer predigte über Matthäus 9, V. 36 und 38, in erhebender Weise, indem er auf dieses Schriftwort zeigte, in welchem Geist wir unsere Arbeit am Aufbau des Gottesreiches anfassen müssen und in welch neuem Licht sich uns diese Arbeit auf Gottes Erntefeld darstelle.

Karlsruhe, 30. Okt. 17. öffentliche Sitzung der Generalsynode der evangel.-protest. Landeskirche im Sitzungssaale der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 31. Oktober, Vormittags 10 Uhr. 1) Bericht der ökonomischen Kommission zu Seite 3 der oberkirchenräthlichen Vorlage — allgemeine Uebersicht über die Vermögensverwaltung; Berichterstatter: Bürgermeister Paravicini. 2) Bericht der Verfassungskommission über die Petition des Pfarrers a. D. Hormuth, zur Zeit in Heidelberg, um Verwilligung einer Pension; Berichterstatter: Professor Behaghel. 3) Wahl der Mitglieder des Generalsynodal-Ausschusses und deren Ersatzmänner. Schluß der Synode.

Badische Chronik.

△ Karlsruhe, 28. Okt. In der 15. öffentlichen Sitzung der Generalsynode wurde auf den Antrag der ökonomischen Kommission über die Petitionen der Stadtgemeinde Lahr, sowie mehrerer Gemeinden des betreffenden Amtsbezirks um Zurückverlegung des Verwaltungssitzes der evangel. Stiftsschaffnei Lahr von Offenburg nach Lahr mit großer Majorität Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Es dient in den betheiligten Kreisen vielleicht dazu, sich um so leichter mit diesem Beschlusse zu versöhnen, wenn von unbetheiligter Seite darauf hingewiesen wird, daß die durchschnittliche Jahreseinnahme einer badischen Domänenverwaltung sich nach dem Budget für 1876 und 1877 auf 345,750 M. oder etwas über 200,000 fl. berechnet, während die Jahreseinnahme der Stiftschaffnei Lahr etwa 20,000 fl. also ungefähr den zehnten Theil der Einnahme einer mittleren Domänenverwaltung beträgt.

Vor dem Uebergang der sogenannten weltlichen Stiftungen an die Verwaltung des Staates lag die Sache insofern etwas anders, als damals von der Stiftschaffnei noch drei nicht unbedeutende Fonds für Schul- und Armenzwecke verwaltet wurden, welche später an weltliche Verwaltungen abgegeben werden mußten.

Wenn freilich die Stiftschaffnei Lahr im Besitz desjenigen Vermögens sich befände, welches ihr im Volksmund vielfach angedichtet wird und welches auf diese Weise bereits bis auf die namhafte Summe von 70 Millionen angewachsen ist, so würde die Kirchenbehörde auf den Gedanken einer Verlegung des Verwaltungssitzes gewiß niemals gekommen sein. Wie die Vermögensverhältnisse der Stiftschaffnei in Wirklichkeit liegen, darüber ist jedes Mitglied der Generalsynode in der Lage, die genaueste Auskunft geben zu können, insbesondere auch der Herr Vertreter der Stadt Lahr.

Nachschrift.

† **Berlin**, 30. Okt. Heute Mittag erfolgte die Eröffnung des Reichstages. Die Thronrede, von dem Reichskanzleramts-Präsidenten Hofmann verlesen, heißt den Reichstag willkommen und drückt das lebhafte Bedauern des Kaisers aus, seine Absicht, den Reichstag persönlich zu eröffnen, nicht ausführen zu können. Die Berathungsgegenstände seien nicht zahlreich, aber wichtig. Die Hauptthätigkeit würden die Reichs-Justizgesetze in Anspruch nehmen. Die Nation sehe mit gerechtfertigter Spannung der Entscheidung der Frage entgegen, ob es gelingen werde, ein für die einheitliche Rechtsentwicklung Deutschlands so bedeutsames Gesetzgebungs-Werk, woran seit einer Reihe von Jahren schon gearbeitet werde, vor Ablauf der jetzigen Legislaturperiode zu Stande zu bringen. Die, solchem Gelingen sich in den Weg stellenden Schwierigkeiten seien nicht gering, in zahlreichen und theilweise wichtigen Punkten weichen die Anträge der Justizkommission besonders zu dem Gerichtsverfassungs-Gesetz und der Strafprozeß-Ordnung von den Beschlüssen der Bundesregierungen ab. Wenn letztere gleichwohl an der Ueberzeugung festhalte, daß eine glückliche Lösung der großen Aufgabe möglich sei, so geschehe dies im Vertrauen darauf, daß der Reichstag bei Berathung der Entwürfe das Interesse einer sicheren, unbehinderten, das allgemeine Wohl wirksam schützenden Ausübung der Rechtspflege im Auge behalten werde. Die Bundesregierungen dürfen hoffen, daß der Reichstag dem in dieser Richtung für unerläßlich Erkannten seine Zustimmung nicht werde versagen wollen. Als weitere Vorlagen werden der Etat und das Gesetz über Unfälle zur See bezeichnet.

Hierauf heißt es: Die auswärtigen Beziehungen Deutschlands entsprechen ungeachtet der augenblicklichen Schwierigkeiten der Lage dem friedfertigen Charakter der Politik des Kaisers. Das angelegentliche Bestreben des Kaisers ist unabänderlich darauf gerichtet, gute Beziehungen mit allen Mächten, insbesondere mit den Deutschland nachbarlich und geschichtlich näher stehenden zu pflegen und auch unter ihnen den Frieden, sofern er bedroht werden sollte, durch freundschaftliche Vermittlung zu erhalten.

Was aber auch die Zukunft bringen möge: Deutschland dürfe sicher sein, daß das Blut seiner Söhne nur zum Schutze seiner eigenen Ehre und seiner eigenen Interessen eingesetzt werde. Der auf Handel und Verkehr nicht blos in Deutschland, sondern auch in den meisten andern Ländern schon seit geraumer Zeit lastende Druck sei Gegenstand der unausgesetzten Aufmerksamkeit des Bundes; eine unmittelbare durchgreifende Abhilfe aber liege bei der Allgemeinheit der obwaltenden Umstände und nach der Natur derselben nicht in der Macht eines einzelnen Landes, wie lebhaft immer der gute Wille und dessen Bethätigung bei Denen sein möge, die an dessen Spitze stehen; wohl aber werde es als Aufgabe der deutschen Handelspolitik anzusehen sein, von der heimischen Industrie solche Benachtheiligungen abzuwenden, welche ihr durch Zoll- und Steuereinrichtungen anderer Staaten bereitet werden. Auf dieses Ziel werde die Kaiserliche Regierung bei den bevorstehenden Unterhandlungen über Erneuerung der Handelsverträge hinzuwirken bemüht sein.

Die Thronrede gedenkt noch der dem Kaiser in den vergangenen Monaten bei seinen Reisen durch verschiedene Theile des Reichs durch die Bevölkerung entgegengebrachten Beweise der wärmsten Sympathien; Präsident Hofmann sei besonders beauftragt, an dieser Stelle des Kaisers Dank und innigste Befriedigung auszusprechen. Der Kaiser habe aus solchen Kundgebungen auf's Neue die freudige Gewißheit geschöpft, daß die durch das Reich begründete Einheit Deutschlands in den Herzen der Nation tiefe Wurzeln geschlagen, daß das Reich seiner verfassungsmäßigen Aufgabe, das Recht zu schützen, die Wohlfahrt des deutschen Volkes zu pflegen, sich immer gewachsen zeige, daß es sich immerdar als festes Bollwerk des Friedens nach außen und im Innern erweise, dazu werden, so Gott will, auch die Verhandlungen der bevorstehenden Reichstags-Session beitragen.

† **Konstantinopel**, 29. Okt. Die „Agence Havas" meldet: Die Botschafter Deutschlands und Frankreichs haben Instruktionen dahin empfangen, den sechswöchentlichen Waffenstillstands-Vorschlag zu unterstützen. Man hoffe, daß Rußland und die Türkei sich über die Formel des Waffenstillstandes verständigen werden.

Hamburg, 26. Okt. Das Hamburg-New-Yorker Post-Dampfschiff „Gellert", Kapitän Barends, welches am 11. ds. von hier und am 14. ds. von Havre abgegangen, ist am 25. ds., 4 Uhr Nachmittags, wohlbehalten in New-York angekommen.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 30. Okt., die übrigen vom 28. Okt.)

Staatspapiere.

Preußen 4½% Obligationen	103½	Oesterr. 5% Papierrente Zins 4½%	51⅛
Baden 5% Obligationen	103½	Luxem- 4% Obl. i. Fr. à 28 tr.	92½
„ 4½% „	—	burg 4% „ i. Thl. à 105 tr.	92½
„ 4% „ fl.	94¼	Rußland 5% Oblig. v. 1870 £ à 12.	—
„ 4% „ M.	95¾	„ 5% do. von 1871	83¼
„ 3½% Oblig. v. 1842	93⅓	Schweden 4½% do. i. Thlr.	96¼
Bayern 4½% Obligationen	100¼	Schweiz 4½% Bern Stiftsobl.	—
„ 4% „ fl.	93⅜	N.-Amerika 6% Bonds 1885r von 1865	—
„ 4% „ M.	93¾	„ 5% dto. 1905r (10/40r v. 1864)	103¼
Württemberg 5% Obligat.	103½	3% Spanische	12¼
„ 4½% „	101⅛	Volle französ. Rente	105
„ 4% „	94½		
Nassau 4% Obligationen	94½		
Gr. Hessen 4% Obligation.	95¼		
Oesterr. 5% Silberrente Zins 4½%	54⅛		

Aktien und Prioritäten.

Reichsbank	156	5% Mähr. Grenzb.-Pr. i. S.	54
Badische Bank	101	5% Böhm. Westb.-Pr. i. Silb.	71⅝
Deutsche Vereinsbank	66	5% Elisab. B.-Pr. i. S. 1. Em.	71½
Provinzialdiskonto	—	5% dto. „ 2. Em.	70
Darmstädter Bank	102	5% dto. steuerfr. neue „	63
Oesterr. Nationalbank	680	5% do. (Neumark-Ried)	62¼
Württemberg. Vereinsbank	—	5% Donau-Drau	46
Oesterr. Kredit-Aktien	121½	5% Frz.-Jos.-Prior.	74½
Mitteldeutsche Kreditbank	—	5% Kronp. Rud.-Pr. v. 67/68	61¾
Rheinische Kreditbank	85¼	5% Kronpr. Rud.-Pr. v. 1869	—
Wiener Bankverein	—	5% östr. Nordwestb.-P. i. S.	71
Brüsseler Bank	—	5% „ „ Lit. B.	58
Berliner Bankverein	—	Vorarlberger	—
Stuttgarter Bank	—	5% Ungar. Ostb.-Prior. i. S.	46½
Deutsche Effektenbank	102⅞	5% Ungar. Nordostb. Prior.	48⅝
Oesterr.-deutsche Bank	—	3% Ungar. Galiz.	50¼
4½% bayr. Ostb. à 200 fl.	—	Ungar. Eis.-Anl.	62½
4½% pfälz. Maxbahn 500 fl.	113¾	5% östr. Süd-Lomb. Pr. i. Fr.	75
4% Hessische Ludwigsbahn	95¾	3% östr. Süd-Lomb.-Pr.	46⅝
3½% Oberhess. Eisnb. 350 fl.	72⅞	5% österr. Staatsb.-Pr.	93⅞
5% österr. Frz. Staatsbahn	214½	3% österr. Staatsb.-Pr.	62¾
5% „ Süd-Lombarden	—	3% Livorn. Pr., Lit. C, D & D,	—
5% „ Nordwestb.-A.	99¼	5% Rheinische Hypothekenbank-Pfandbriefe	101¾
5% Elisab.-Eisnb. à 200 fl.	—	4½% „	96¾
5% Rud.-Eisnb. 2. Em. 200 fl.	80	6% Pacific Central	97¼
5% Böhm. Westb.-A. 200 fl.	140	6% South Missouri	60
5% Franz Josef-Eisenbahn	101		
Galizier	—		

Anlehensloose und Prämienanleihen.

3½% Preuß. Präm. 100 Thl.	—	Oestr. 4% 250 fl. Loose v. 1854	92½
Cöln-Mindener 100-Thaler-Loose	106⅞	„ 5% 500 fl. „ v. 1860	96¼
Bayr. 4% Prämien-Anl.	118¾	„ 100-fl.-Loose v. 1864	248.—
Badische 4% dto.	116¾	Ungar. Staatsloose 100 fl.	138.50
„ 35-fl.-Loose	133.—	Raab-Grazer 100 Thlr. Loose	65⅝
Braunschw. 20-Thlr.-Loose	83.80	Schwedische 10-Thlr.-Loose	45.—
Großh. Hessische 25-fl.-Loose	155.—	Finnländer 10-Thlr.-Loose	37.60
Ansbach Gunzenhous. Loose	23.80	Meiningen 7 fl.-Loose	19.—
		3% Oldenburger 40-Thlr.-L.	—

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pfd. St. 2%	204.40	Holländ. 10-fl.-St. Mk.	16.65
Paris 200 Frcs. 3%	81.30	Ducaten . . . „	9.71–76
Wien 100 fl. östr. W. 4½%	164.65	20-Francs-St. . „	16.24–28
Disconto . . L.S. 4½%		Engl. Sovereigns „	20.33–38
Preuß. Friedrichsd'or Mk.	—	Russische Imperial „	16.73–78
Pistolen . . . . . „	16.—	Dollars in Gold „	4.16–19
		Dollarcoupon „	—

Tendenz: matt.

Berliner Börse. 30. Okt. Kreditaktien 244.50, Staatsbahn 436.—, Lombarden 123.50, Disc. Commandit 114.—, Reichsbank 156.—. Tendenz: fest.

Wiener Börse. 30. Okt. Kreditaktien 148.20, Lombarden 75.—, Staatsbahn —.—, Anglobank 72.70, Unionbank —.—, Napoleonsd'or 9.86. Tendenz: fest.

☞ Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.

Verantwortlicher Redakteur:
Heinrich Goll in Karlsruhe.

Großherzogl. Hoftheater.

Dienstag, 31. Okt. 4. Quartal. 117. Abonnementsvorstellung. II. Abtheilung. **Die Journalisten**, Lustspiel in 5 Akten, von Freitag. Anfang 6 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch, 1. Nov. **Graf Essex**, Trauerspiel in 5 Akten, von Laube. Anfang 6 Uhr.

G.999. 1.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß wir mit höherer Genehmigung dahier eine

Sammelstelle für Stückgüter zu Eisenbahnwagenladungen

errichtet, und Herrn **Julius Arnold** dahier, **Kriegsstraße Nr. 34**, mit der Führung des Geschäftes betraut haben. Wir empfehlen allen Interessenten die Benützung dieser Einrichtung angelegentlichst.

Karlsruhe, den 30. Oktober 1876.

Die Handelskammer.

Todesanzeige.

J.3. Durlach und Karlsruhe. Freunden u. Bekannten machen wir hiermit die schmerzliche Mittheilung, daß heute Mittag nach 12 Uhr unsere liebe Mutter, Schwester und Schwägerin

Frau **Julie Mittermaier**,
geb. Morlock,
Geheime Sekretärs-Wittwe,

nach längerem Leiden sanft entschlafen ist.

Durlach und Karlsruhe, den 28. Oktober 1876.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Todesanzeige.

G.994. Rastatt. Tiefbetrübt erfüllen wir die traurige Pflicht, das Hinscheiden unseres unvergeßlichen Sohnes und Neffen

Dr. **Max Haug**,
Apothekers,

ergebenst anzuzeigen.

Derselbe verschied in Baden am 27. Oktober Nachmittags 3 Uhr, im Alter von 29 Jahren. Wir bitten für den Verstorbenen um ein freundliches Andenken und für uns um stille Theilnahme.

Rastatt, den 28. Oktober 1876.

Die Tieftrauernden:
Hauptmann Haug's Wittwe.
Medizinalrath Dr. Haug.

J.1.1. Ein gangbares

Café oder eine Restauration

wird in Bälde zu pachten gesucht. Gefällige Offerten bittet man postlagernd Karlsruhe unter Ziffer E. Z. 12 abzugeben.

G.940.3. Eine fast neue, elegante **Kalesche** ist billig zu verkaufen. Straßburg i. Els., Contadesstraße 10.

Wein-Versteigerung.

G.995.1.

Montag den 6. November, Mittags 2 Uhr, versteigern wir auf dem Schloßberge in **Staufen** (Eisenbahnstation Krotzingen) an den Meistbietenden, gegen baar vor der Abfuhr, das dortige Herbsterträgniß von der Trotte weg.

Freiherrl. von Mentzingen'sche Guts-Verwaltung.

G.998.1. Karlsruhe.

Versteigerungs-Ankündigung.

Höherer Weisung zufolge werden kommenden

Freitag den 3. November d. J.

die wegen Aufhebung der Oekonomie zu Stutensee entbehrlich gewordenen Gegenstände, als: Leiterwagen, Karren, Ackergeräthschaften, Maschinen, Stallrequisiten und sonstige verschiedene Geräthschaften, sodann am darauf folgenden Tage, d. i.

Samstag den 4. November d. J.

eine Anzahl bei Großh. Fasanerie-Oekonomie dahier abgängig gewordener Garten- und Feld- 2c. Geräthe, Maschinen 2c. an beiden Tagen jeweils Vormittags um 9 Uhr gegen Baarzahlung an genannten Orten öffentlich versteigert.

Karlsruhe, den 28 Oktober 1876.

Großh. Gutsverwaltung.

Landwirthschaftliche Mittelschule Hochburg.

(Baden.)

Das Schuljahr beginnt am 3. November.

Unterrichtsgegenstände: Deutsche, französische, englische Sprache, Geographie, Geschichte, Mathematik, Naturwissenschaften, Landwirthschaft, Thierheilkunde, Buchführung, Zeichnen, praktische Demonstrationen. Prospektus, sowie jede gewünschte Auskunft durch

G.996.

die Direktion.

G.981. **Wolfach.**

Geschäftsübernahme und Empfehlung.

Dem verehrl. reisenden Publikum zeige ich hiemit ergebenst an, daß ich den

Gasthof zum Salmen in Wolfach

käuflich erworben habe, und empfehle denselben, unter Zusicherung bester Bedienung, angelegentlichst. — Omnibus am Bahnhofe Hausach zu den ankommenden Zugen.

August Schmidt,
bisher Oberkellner in Bad Nippoldsau.

G.1000.1. Karlsruhe.

Sammelstelle für Wagenladungen.

Ich beziehe mich auf die heutige Bekanntmachung der Handelskammer und empfehle mich zur Beförderung von Gütern nach allen badischen Stationen, sowie solchen der angrenzenden Bahnen.

Ein Reglement des Unternehmens, sowie Uebernahmstarif wird dieser Tage bekannt gegeben werden.

Ich füge bei, daß vom 1. November ab Anmeldungen entgegen genommen werden.

Julius Arnold,
Kriegsstraße Nr. 34.

G.966.1. Mannheim.

Steigerungs-Ankündigung.

Aus der Gantmasse der Firma „Krüger & Comp." zu Mannheim und deren Theilhaber werden nach richterlicher Anordnung die untenverzeichneten, der Aktienbrauerei „zum Bockkeller" dahier gehörigen Liegenschaften am

Dienstag den 21. November 1876,
Nachmittags 3 Uhr,

im hiesigen Rathhause einer **zweiten** Versteigerung ausgesetzt, wobei der endgiltige Zuschlag um das höchste Gebot erfolgt, auch wenn solches den Schätzungspreis **nicht** erreicht:

a. Das Wohnhaus dahier Litera N 3 No. 14 mit dem Realwirthschaftsrechte „zur alten Sonne" mit Seitenbauten, gewölbten Kellern, Querbau, Brauhaus, Hofraum und Brunnen; geschätzt zu . . . . . 130,700 Mark.

b. der Bockkeller Litera O 7 No. 10 und 11 im Flächeninhalte von 31 Aren, bestehend in einem zweistöckigen Wohn- und Wirthschaftsgebäude mit gewölbtem Keller und Malzbörre, einer Vorhalle mit Keller, einer Bierhalle mit gewölbtem Keller, Musiktempel und Biergarten, geschätzt zu . . 473,000 Mark.

Die Wirthschafts- und Kellerei-Einrichtung wird alsbald nach dem Zuschlag obiger Liegenschaften zur Versteigerung ausgeschrieben.

Die Versteigerungsbedingungen können bei dem unterzeichneten Notar eingesehen werden.

Mannheim, den 24. Oktober 1876.

Der Vollstreckungsbeamte:
Großh. Notar
Theodor Trefzer.

Verm. Bekanntmachungen.

G.982. Wolfach.

Steigerungs-Ankündigung.

In Folge richterlicher Verfügung werden aus der Gantmasse des Salmenwirths Jakob Eberhard von Wolfach sämmtliche Fahrnißgegenstände im Gasthof zum Salmen gegen Baarzahlung öffentlich versteigert wie folgt:

Am Donnerstag den 2. November,
Nachmittags 1 Uhr anfangend:

20 aufgemachte Betten, 11 Nachttische, 9 runde Tische, 2 viereckige Tische, 25 gepolsterte Sessel, 6 Kofferböcke, 6 Sopha's, 8 Kommoden, 1 Pfeilertisch, 7 größere Spiegel, 1 Chiffonière, 9 Stück Vorhänge, 1 Nachtstuhl und noch verschiedene andere Gegenstände.

Freitag den 3. November,
Vormittags 8 Uhr anfangend:

Fortsetzung der Versteigerung obiger Gegenstände.

Samstag den 4. November.
Vormittags 8 Uhr anfangend:

8 Tische, 3 Dutzend Rohrsessel, 2 Dutzend hartholzerne Stühle, 1 Sopha, 1 Geschirrschrank, 1 Glaskästchen, 1 Liqueurkästchen, 1 Stehpult, 1 Bücherkasten, 1 Klavier (Pianino), 1 Schirm- und Hutständer, Uhren und Bilder, 1 Aquarium mit Springbrunnen.

Dienstag den 7. November,
Vormittags 8 Uhr anfangend:

Bestecke in Silber, Christofle, u. gewöhnliche Bestecke, Porzellan, Gläser, Service von Christofle, alle Arten Küchengeschirr und ein großer Schienenberd.

Mittwoch den 8. November,
Vormittags 8 Uhr anfangend:

2 verschiedene Weine, darunter feine Flaschenweine, ca. 30 Fässer von 1 bis 27 Ohm haltend, nebst großem eichenem Faßlager.

4 Zweispänner-Chaisen, 1 Einspänner-Chaise, 2 Hotel-Omnibus, 1 Bernerwägele, 1 Gesellschaftswagen, 2 Leiterwägen, 1 Dungwagen, 1 Pritschenwagen, Pflüge und Eggen, 5 Schlitten, Handkarren, verschiedene Pferdsgeschirre.

Donnerstag den 9 November,
Vormittags 8 Uhr anfangend:

Fortsetzung der Versteigerung obiger Gegenstände.

Montag den 13. November und die darauf folgenden Tage,
je Vormittags 8 Uhr:

Anfangend mit Weißzeug, als: verschiedene feine Tafeltücher, Servietten, Bettleinen; eine große Parthie Flaschen, Hänglampen, weitere Parthie feine Glaswaaren, ein Exemplar Meyers Konversationslexikon vom Jahr 1870/71, 16 Bde., geb., eine Brücken-Waage (Dezimalwaage), Ketten, ein alter Kochherd, eine Parthie altes Eisen und sonst noch verschiedener Hausrath.

Den 27. Oktober 1876.

Hanser, Gerichtsvollzieher.

G.948.1. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staatseisenbahnen.

Lieferung von verschiedenen Materialien. II.

Mit höherer Ermächtigung vergeben wir die Lieferung nachbenannter Materialien im Sonmissionswege, nämlich:

1.	150	Stück	Gläser für Kugellaternen (Sturmlaternen),
2.	200	„	Glaslampen für Wagenlaternen,
3.	180	„	Milchglasglocken,
4.	20000	„	Glascylinder,
5.	2000	„	Lampengläser für Blechkamine,
6.	1000	„	Bahnwartslaternengläser,
7.	5000	□	Decimeter Laternenglas, grün,
8.	100	Stück	Augengläser für Bahnwartslaternen,
9.	300	„	Wagenlaternengläser,
10.	3000	„	Glastafeln, ungeschliffen, in 2 Sorten,
11.	12000	„	Isolirhüte, porzellanene,
12.	1600	„	Besen in 2 Sorten,
13.	250	„	Strupper,
14.	740	„	Bürsten, 4 Sorten,
15.	3500	„	Pinsel, 6 Sorten,
16.	100	Kilo	Gummischläuche, 2 Sorten,
17.	9000	Stück	Gummiringe, 4 Sorten,
18.	800	Kilo	Gummiplatten, 3 Sorten,
19.	1000	Stück	Zimmermannsblei,
20.	1500	„	Schwämme,
21.	200	Kilo	Smirgel,
22.	20000	Blatt	Smirgelpapier,
23.	30000	„	Smirgelleinen,
24.	12000	„	Glaspapier.

Lieferungslustige werden hiermit aufgefordert, ihre Offerten schriftlich, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis

Dienstag den 14. November l. J., Vormittags 10 Uhr,

bei uns einzureichen, wo auch die Lieferungsbedingungen und genaue Verzeichnisse der zu liefernden Gegenstände auf portofreie Anfragen abgegeben werden.

Die der Lieferung zu Grund gelegten Muster sind bei unserm Hauptmagazin hier einzusehen, eine Versendung derselben findet nicht statt.

Karlsruhe, den 25. Oktober 1876.

Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.

G.993.1. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die deutsche Feuerversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit betr.

Die Liquidationskommission der deutschen Feuerversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit in Nürnberg, welcher Gesellschaft die Concession zum ferneren Geschäftsbetrieb im Großherzogthum unterm 18. Februar 1869 entzogen wurde, hat mit der nach diesseitiger Entschließung vom 19. Juli 1876 (Staatsanzeiger Nr. 33) zum Geschäftsbetrieb im Großherzogthum zugelassenen Berlin-Kölnischen Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, wornach die letztere Gesellschaft den noch vorhandenen Mitgliedern der deutschen Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit an Stelle der Imperial-Feuerversicherungs-Gesellschaft in London vom 15. Oktober l. J. Mittags 12 Uhr an für alle Brandschäden haftet, zu deren Ersatz die deutsche Feuerversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit nach Maßgabe ihrer Police-Bedingungen und revidirten Statuten rechtlich verpflichtet ist.

Auf Grund der durch diesen Vertrag den Mitgliedern gebotenen Sicherung sucht nun die Liquidationskommission der deutschen Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit um Rückgabe der von dieser Gesellschaft seiner Zeit hinterlegten Caution nach.

Dies wird mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß etwaige Einsprachen gegen die Ausfolgung der Caution binnen 4 Wochen bei dem diesseitigen Ministerium geltend zu machen sind.

Karlsruhe, den 27. Oktober 1876.

Großh. Ministerium des Innern.
Stösser.

Heil.

J.4. Karlsruhe.

Großh Bad Staatseisenbahnen

Zu dem im Hanseatisch Rheinisch-Westdeutschen Verkehr bestehenden Gütertarif Abth. B. II. — ist der XI. Nachtrag mit Giltigkeit vom 1. November cr. ausgegeben worden, in welchem Berichtigungen der im VIII. und X. Nachtrag zu diesem Tarif enthaltenen Tarifsätze vorgesehen sind.

Exemplare dieses Nachtrags sind bei den diesseitigen Güterexpeditionen am Sitze der Bahnämter unentgeltlich zu erhalten.

Karlsruhe, den 27. Oktober 1876.

General-Direktion.

J.5. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staatseisenbahnen.

Zum Rheinisch-Pfälzisch-Badischen Gütertarif via Trier-Berbach vom 15. Januar 1876 ist ein II. Nachtrag mit Giltigkeit vom 1. November l. J. ab, Frachtsätze für Trier-Neckarelz enthaltend, erschienen.

Exemplare des Nachtrags können von den Güterexpeditionen am Sitze der Großh. Bahnämter unentgeltlich bezogen werden.

Karlsruhe, den 29. Oktober 1876.

General-Direktion

J.2.1. Nr. 5026. Waldshut.

Großh. Bad. Staatseisenbahnen.

Die Großh. Eisenbahnverwaltung läßt am Freitag den 10. November d. J., Vormittags 3/4 10 Uhr, das provisorische Aufnahmsgebäude in Thayingen, sowie ein altes Abtrittsgebäude daselbst und an demselben Tage Vormittags 11 Uhr, ein altes Abtrittgebäude in Gottmadingen, jedes Gebäude besonders, auf den Abbruch öffentlich versteigern, wozu Kauflustige mit dem Bemerken eingeladen sind, daß die Bedingungen vor der Versteigerung bekannt gemacht werden.

Waldshut, den 28. Oktober 1876

Großh. Bezirks-Bahn-Ingenieur.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)